



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Gewerkschaften und Reichsregierung über Lohnpolitik und Währung.

„Aufrechterhaltung der Währung“ ist das neueste Schlagwort der Vereinigten Unternehmerverbände, mit dem Öffentlichkeit und Reichsregierung für die Niedrighaltung der Arbeiterlöhne eingangs werden sollen. Die Hungerlohnpolitik wird als erstrebenswertes Wirtschaftsprinzip aufgestellt. Dagegen haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände in gemeinsamer Eingabe am 11. April d. J. bei der Reichsregierung protestiert und am 19. April nahmen Vertreter dieser Organisationen Gelegenheit, in mehrfacher Ausprache mit der Reichsregierung die Auffassung der Gewerkschaften über die von den deutschen „Wirtschaftsführern“ seither betriebene Lohnpolitik darzulegen. Es besteht die große Gefahr, daß die von den Unternehmern geforderte Niedrighaltung der Löhne zur Vermeidung einer neuen Inflation in der Reichsregierung eifrige Förderer findet. Tatsächlich hat die Regierung die Parole der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits anlässlich der Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter befolgt. Die Schlichtungsbehörden halten sich in der Regel an die Ergebnisse gerade dieser Lohnabmachungen gebunden, und auf diese Weise wird das Lohnniveau aller Arbeitnehmer ganz allgemein auf dem medizinischen Existenzminimum gehalten.

Dieselbe Erscheinung ist auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge zu beobachten, wo trotz erheblicher Steigerung der Beiträge und auch der Lebenshaltungskosten noch immer keine Erhöhung der Unterstützungssätze angeordnet ist. Reichsregierung und Unternehmer sind nun einmal dem gefährlichen Irrtum verfallen, daß eine allgemeine Lohn-erhöhung eine erneute Inflation zur Folge haben müsse. Die Einstellung führt letzten Endes zur Förderung der einseitigen Interessenpolitik der Unternehmer und zu unangenehmen wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft.

Kollege Spieliet wies in der Aussprache über die Lohnpolitik insbesondere darauf hin, daß die Löhne der deutschen Arbeiter fast durchgehend nur einen Bruchteil gegenüber den Zustandslöhnen betragen, die deutschen Warenpreise dagegen weit über den Weltmarktpreisen liegen. Mit den heute üblichen Löhnen kann aber die Produktion in Deutschland nicht in Gang gebracht werden. Mit dem Zusammenbruch der Papiermarkt war eine riesige Arbeitslosigkeit verbunden, die Konsumkraft wurde infolgedessen bedeutend eingeschränkt. Nicht zusammengebrochen sind die Unternehmungen, die zahllosen Banken und Handelsgeschäfte. In der öffentlichen Diskussion hatte man den Zusammenbruch der nicht genügend fundierten Unternehmungen vorausgesagt. Die Konsumkraft in den letzten Monaten beweist das Gegenteil. Zusammengebrochen sind nur die Lohnempfänger, während Industrie und Handel vermöge ihres ununterbrochenen Uebergewinnes sich glänzend aus dieser Situation gerettet haben. Diese Unternehmungen haben sich allerdings nur halten können durch hohe Gewinnquoten. Es wurden übermäßige Risikoprämien, Unternehmer-, Handels- und Bankzuschläge in die Produktionskosten hineinkalkuliert, während der Lohnanteil wesentlich unter dem Vorkriegsniveau blieb. Wie hoch diese Zuschläge bzw. Risikoprämien sind, beweist am anschaulichsten die Tatsache, daß zum Beispiel die amerikanische Automobilindustrie, trotzdem sie Löhne zahlen muß, die ein Vielfaches der deutschen Löhne ausmachen, die deutsche Konkurrenz auf dem deutschen Weltmarkt unterbietet und sie vielleicht dauernd fernhält. Deshalb ist es völlig falsch, von einer Inflationsgefahr durch Lohn-erhöhung zu reden. Die deutsche Wirtschaft muß umorganisiert werden, die parasitären Betriebe, die sich nur auf Kosten von Unternehmern halten können, müssen ausgeschlossen werden. Diese Betriebe können ihre Existenz nur aufrechterhalten mit Hilfe der in Deutschland betriebenen Kartell- und Kreditpolitik. Damit werden nicht allein die Warenpreise künstlich hochgehalten, sondern es wird darüber hinaus jeder Anreiz zur Verbesserung der Technik und zur rationalen Ausnutzung der Betriebe gewaltam unterbunden. Besonders begünstigt wird diese „Wirtschaftsführung“ durch die unheilvolle Kreditwirtschaft der Banken, die geradezu den Anreiz gibt zu einer neuen Inflationswirtschaft.

Die Vereinigung der Wirtschaft von überflüssigen Existenz im Unternehmerlager, insbesondere im Handel, die technische Umstellung der Wirtschaft in die rationelle Organisation der Warenproduktion und -verteilung ist aber nur möglich durch die Steigerung der Löhne und durch eine gesunde Kreditgewährung. Werden die Kredite nur zu produktiven Zwecken gewährt, dann ist jede Inflationsgefahr ausgeschlossen. Der Vorwurf, daß die deutschen Unternehmer mit den niedrigen Löhnen ein soziales Dumping treiben, hat bereits zu empfindlichen Abwehrmaßnahmen der einzelnen Länder geführt. Die so scheinlich herbeigewünschte aktive Zahlungsbilanz wird durch solche Lohnpolitik planmäßig verhindert. Deshalb muß die Reichsregierung im Interesse

der deutschen Volkswirtschaft alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Kaufkraft aller Lohnempfänger zu erhöhen.

An der folgenden Aussprache nahmen teil der Finanzminister Dr. Luther, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichswirtschaftsminister Hamm und der Vizeminister Dr. Jarres. Der Finanzminister sah in der allgemeinen Steigerung der Löhne eine neue Inflationsquelle, die unbedingt verstopft werden müsse. Nicht von der Staatswirtschaft, sondern von der Privatwirtschaft aus drohe diesmal die Gefahr einer Inflation. Wie ungünstig die deutsche Wirtschaft im allgemeinen stehe, beweisen die Wertenturfe. In der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern vorgebracht sei, bestehe allgemein die gleiche Auffassung auch in der Regierung. Die Regierung will aber durch die Senkung der Warenpreise die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erreichen. Dazu soll eine zweckentsprechende Kontrolle der Ein- und Ausfuhr einsehen, die Kartellwirtschaft soll nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers weiter beobachtet und in der Kreditwirtschaft Kredite nur zu produktiven Zwecken gewährt werden. Auf die Privatwirtschaften durch Zwangsmaßnahmen direkt einzuwirken, habe sich im abgelaufenen Jahre als erfolglos erwiesen. Alles hänge ab von der endgültigen Regelung der Reparationsfrage, die in aller Kürze zu erwarten sei. Bis dahin trage die Regierung die große Verantwortung für die Erhaltung der Währung. Daran mißzubellen, daß diese Inflation verhindert werde, sei auch eine Aufgabe der Gewerkschaften. Das schließt nicht aus, daß Lohn-erhöhungen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmungen gewährt würden. Auf die Löhne der Reichsarbeiter kann sich die Arbeitgeberseite nicht berufen, denn die Reichsbetriebe sind an einen Etat gebunden, während die Privatwirtschaft die Konjunkturen auszunutzen läßt.

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde anerkannt, jedoch gingen die Auffassungen der Regierung und der Gewerkschaftsvertreter über das Maß dieser Erhöhung sehr stark auseinander. Letztere forderten angesichts der Notlage der Erwerbslosen eine ganz wesentliche Erhöhung. Währungs- und politische Bedenken brauchten um so weniger zu bestehen, als bei der derzeitigen Höhe der Pflichtbeiträge die Kosten der Erwerbslosenfürsorge im wesentlichen aus den Beiträgen gedeckt werden. Der Finanzminister warnte demgegenüber vor einer wesentlichen Steigerung der Unterstützung, weil trotz der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes die Gefahr einer Verschlechterung desselben bestehe. Damit würden vermehrte Ansprüche an die Reichs- und Landesfinanzen gestellt. Andererseits sei auch von dieser Seite her der Anreiz zu einer neuen Inflationswelle gegeben. In der weiteren Aussprache wurde zugestimmt, daß die Frage schnellstens im Kabinett geprüft wird, wobei den Forderungen der Gewerkschaften weitestmöglich Rechnung getragen werden soll.

Nachdem die Unternehmer sich mit Händen und Füßen gegen jene Maßnahme zur Gesundung der Wirtschaft mit aller Macht wehren, die Arbeiter sich noch größere Einschränkungen in der Lebenshaltung nicht auferlegen können, bleibt nur der eine Weg übrig, überall den Kampf aufzunehmen um die Erhöhung des Lohnanteils, um die Beseitigung der parasitären Existenzen im Unternehmerlager. Mit Aussicht auf Erfolg können diese Kämpfe nur dann geführt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft eintritt, daß sie fest geschlossen in den Gewerkschaften zusammenhalten müssen.

Die Augnießer der Inflation.

Die Kritik der Sachverständigen an der kapitalistischen Steuerpolitik.

In dem Bericht des Dawes-Komitees, so schreibt das „Hamburger Echo“, der am 14. des interessanten und weitgeschichtlich bedeutsamen Dokumentes der letzten Jahre darstellt, sind in den bisherigen Übermittlungen einige Bemerkungen unbeachtet geblieben, obwohl sie infolgedessen besonders beachtenswert sind, als sie zeigen, daß die Kritik der Sozialdemokratie an der Währungs- und Finanzpolitik der letzten Jahre mehr als berechtigt war. Wir lassen die übersaus deutlichen Kennzeichnungen — man kann auch sagen Anprangerungen der Steuer- und Zinsenlast unserer Befähigten — im Wortlaut folgen und möchten nur wünschen, daß sie von jedem deutschen Staatsbürger vor dem Wahlgang am 4. Mai gelesen und beherzigt werden.

Zunächst beginnt das Komitee seine Darlegungen über die Inflation mit den folgenden Betrachtungen, die man der früheren Zeitung der Reichsbank und der Steuerverweigererfront von Helfferich bis Reinhardt ins Stammbuch schreiben sollte:

„Die Arbeiter werden von der Währungsvereinigung den Nutzen haben; denn über alles ist ihr Interesse an die Stabilität geknüpft. Gewisse Klassen in der Gesellschaft können für die Geldentwertung Entschädigungen in der ungeheuren Vermögensumwälzung finden, die mit jeder In-

flation verbunden ist. Die einen gewinnen und andere verlieren. Aber für die Arbeiterklasse ist die Instetigkeit der Währung nur ein Uebel. Für sie gibt es dabei keinerlei Entschädigung. In dieser Hinsicht können wir uns nur auf die Gedankengänge beziehen, die durch den Vertreter der Arbeiter dargelegt wurden, der vor uns in Berlin erschienen ist. Nicht für das ganze Volk, sondern lediglich für die von ihm vertretenen Arbeiter hat Herr Graßmann erklärt, daß die arbeitenden deutschen Klassen eine neue Periode der Inflation nicht ertragen würden. Sie müßten deshalb einen Appell an die Welt richten, um ein wertbeständiges Geld zu erhalten, damit sie noch etwas für ihren Lohn kaufen können, sogar vier Wochen nachdem sie ihn erhalten haben.“

Bei der Bekämpfung der Steuern heißt es bezüglich der direkten Steuern:

„Die reichen Klassen der deutschen Bevölkerung sind in den letzten Jahren durch das gegenwärtige Steuersystem in keiner irgendwie angenehmen Weise betroffen worden; ihre Belastung entsprach weder der Last, die in Deutschland auf die arbeitenden Klassen drückt, noch ist sie auch nur derjenigen vergleichbar, welche reiche Bevölkerungsteile anderer Länder tragen.“

Nachdem das Komitee die Wirkungen der Geldentwertung auf die nominellen Steuerfälle und deren automatische Herabsetzung gezeigt hat, fährt es fort:

„Keinerlei ernsthafte Anstrengung ist gemacht worden, um dieses Uebel zu bekämpfen, bevor die Inflationsbewegung sich nicht vollständig in Deutschland entwickelt hatte. Obwohl der Nominalbetrag der progressiven Einkommensteuer für die höchsten Einkommen bis zu 60 Proz. nominell hätte ausmachen müssen, zeigen die Statistiken, die uns die deutsche Regierung gezeigt hat, daß selbst im Jahre 1920 (Ann. d. Red.: Also in einem Jahre, in dem keine wesentliche Geldentwertung stattfand) die tatsächliche Last der Steuer in Gold ausgedrückt, auch für die höchsten Einkommen anfast 50 bis 60 Proz., wie sie hätte sein müssen, nicht einmal die Hälfte dieser Höhe in jenem Jahre überdritt.“

Bezüglich der Ausschüttungsmittel, welche Herr Luther jetzt an Stelle der Einkommensteuer setzt, sagt das Komitee, daß hierbei nicht mehr als 25 Proz. herauskommen. Es bezeichnet diese Veruche außerdem als recht unzulänglich und fährt dann fort:

„Diese Ausschüttungsmittel stellen keinerlei befriedigende Lösung für die allgemeine Frage der Belastung der reichen Klasse dar, und wir sind der Meinung, daß, wenn die deutsche Regierung es wünscht, ebensoviele die Affizierten wie ihre eigenen arbeitenden Klassen wirklich von ihrem guten Willen in dieser Angelegenheit überzeugt werden sollen, sie an einem recht baldigen Datum öffentlich bekanntgeben sollte, welche Wichtigen sie bezüglich der Einkommensteuer für 1925/26 hat, um sie wirklich anzuwenden auf die tatsächlichen Gewinne der Jahre 1924 und 1925 für die Vereinigung des Etats.“

Am Zusammenhang damit bespricht der Bericht die Inflationsteuer und sagt wörtlich:

„Wir sind der Meinung, daß eine solche Sondersteuer, wenn sie schon im Prinzip gerechtfertigt ist — und wir glauben in der Tat, daß sie es ist — dann schon zu Sähen gerechtfertigt ist, die sehr viel höher gehen können. . . . Außerordentliche Gewinne ganz gleicher Art sind übrigens durch Staatsunterstützung erzielt worden sowie durch Rückzahlung von Darlehen in weit entwertetem Gelde, durch Staatsvorschüsse und andere Schulden gleicher Art. — Auch hier empfiehlt das Komitee zuzupacken.“

Nun noch einige Sätze, die geradezu den sozialistischen Ausführungen entsprechen, obwohl unseres Wissens unter den Experten nur rein kapitalistisch orientierte Persönlichkeiten gewesen sind und natürlich von der Regierung Marx auch nur streng kapitalistische Vertreter und Sachverständige nach Paris geschickt wurden, insbesondere auch solche aus dem Reichsverband der deutschen Industrie. Sie haben immerhin die folgenden Sätze nicht verhindert:

„Amfahsteuer: Wir sind im allgemeinen der Ansicht, daß diese Steuer etwas herabgesetzt werden sollte, und zwar so bald wie möglich zugunsten anderer Formen von Steuern.“

Automobilsteuer: Man ist hier der Meinung, daß die Gesamtbelastung dafür zu schwach ist und daß eine bedeutend höhere Summe ohne jede Schwierigkeit erhoben werden könnte, sei es durch eine Besteuerung des Betriebsstoffes, insbesondere Petroleum, sei es durch eine Zusatzsteuer für die Automobile, oder indem man beides gleichzeitig mache.“

Erbschaftsteuer (wörtlich): Das Ergebnis dieser Steuer ist überaus niedrig, auf welcher Basis man irgendwie auch vergleichen mag. . . . Das Gesamtergebnis bleibt schwach. Nicht allein, wenn man unter irgendeinem Gesichtspunkt es mit den Kapitalverrenten vergleicht (gemeint ist die Geldentwertung. Die Red.), sondern noch Ansicht des Komitees sind die augenblicklichen Steuerfälle überhaupt nicht angemessen.“

Diese Ausführungen, die insgeheim die von uns geübte Kritik an der kapitalistischen Steuerpolitik der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft von neutraler Stelle unterstreicht, dürften

im Wahlkampf jedem, der noch irgendwie im Zweifel darüber sein könnte, zeigen, welchen Platz der Nichtbestehende bei der kommenden großen Abrechnung über das Vergangene und insbesondere über die künftige Verteilung der Lasten des deutschen Volkes einnehmen muß. („Hamburger Echo“.)

Für die Betriebsräte.

Wann beginnt die Amtsperiode des Betriebsrats und damit der Schutz des § 69 WRG?

(Entscheidung des Rates der Stadt Leipzig vom 7. Mai 1923. Mitgeteilt vom Sächsischen Arbeitsministerium.)

In der Betriebsratsfrage der Firma Sch. in Leipzig-Lindenu wird auf Grund von § 93 WRG. entschieden, daß die beiden Arbeitnehmer H. und B. am 6. April 1923 noch nicht Mitglieder des Betriebsrats waren und deshalb Anspruch auf den weitergehenden Schutz des § 96 WRG. gegen Kündigungen nicht besitzen.

Begründung: Am 8. April 1923 hat die Betriebsratswahl bei der Firma Sch. stattgefunden. Am 12. April 1923 hat der Wahlvorstand den Gewählten von ihrer Wahl Kenntnis gegeben. Am gleichen Tage fand dem neuen Betriebsrat die Geschäftsübergabe statt. Am 6. April ist einig Arbeitnehmer, darunter H. und B., die bei der Neuwahl des Betriebsrats am 8. April in den Betriebsrat gewählt worden sind, gekündigt worden. Das ist unbestritten.

Vom dem Vertreter der Arbeitnehmer ist geltend gemacht worden, daß den beiden H. und B. bereits am 6. April, also vor der Wahl, der Schutz des § 93 WRG. zuzustehen, daß ihnen also ohne Zustimmung des neuen Betriebsrats nicht gekündigt werden durfte. Die Firma macht hingegen geltend, daß die beiden Genannten am 6. April noch nicht gewählte Mitglieder des Betriebsrats waren und demzufolge auch den Schutz des § 96 WRG. nicht beanspruchen können.

Die Entscheidung der Frage, ob H. und B. am 6. April nur mit Zustimmung des neuen Betriebsrats gekündigt werden durfte, hängt einzig und allein davon ab, ob die beiden genannten Arbeitnehmer am 6. April Mitglieder der Betriebsvertretung waren. Diese Frage ist zu verneinen.

Bei Neuwahlen beginnt die Wahlzeit der Gewählten nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums (Bescheid vom 6. Juni 1920) erst mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses. Erfolgt die Kündigung oder Verletzung schon vor der Bekanntmachung des Wahlergebnisses, aber nach Bekanntgabe der Vorwahlenliste, so kann darin unter Umständen eine unter § 95 WRG. fallende Beschränkung liegen. Flawo sagt in seinen Erläuterungen zu § 18 WRG., daß die Amtsperiode mit dem Tage der Wahl beginnt. In den meisten Fällen wird die Bekanntgabe des Wahlergebnisses sofort nach der Wahl, also noch am Tage der Wahl, erfolgen. Die Frage, ob der Tag der Bekanntmachung des Wahlergebnisses oder der Tag der Wahl für die Bildung des Betriebsrats ausschlaggebend ist, kann im vorliegenden Falle unerörtert bleiben, weil die Kündigung am 3. April 1923, also zwei Tage vor der Wahl, erfolgt ist. Sieht somit fest, daß die beiden genannten Arbeitnehmer am Tage der Wahl noch nicht Mitglieder der Betriebsvertretung waren, so ergibt sich auch für sie nicht das Recht auf den Schutz des § 96 WRG.

„Das Schlichtungswesen“, Nr. 7, vom Juli 1923.

Gegen Willkür in der Arbeitszeitbestimmung.

Nach einem Urteil des Dresdener Kaufmannsgerichts kann auf Grund des § 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 eine Ueberschreitung des Achtstundentages nur für genau bestimmte Tage angeordnet werden. Ein Angestellter war fristlos entlassen worden, weil er die festgesetzte zehnstündige Arbeitszeit nicht innegehalten hatte. Von dem Arbeitgeber war vorher folgende Bekanntmachung erlassen worden:

Auf Grund von § 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 sehen wir hierdurch nach Anhörung der Betriebsvertretung die Arbeitszeit vom 2. Januar 1924 an für den Fall einer nicht bestehenden Tarifregulierung für sämtliche Büreaus auf wöchentlich 54 Stunden fest.

Das Kaufmannsgericht hat diese Bekanntmachung mit folgender Begründung für ungültig erklärt:

Der § 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 bestimmt, daß die Arbeitnehmer nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung über die vorgeschriebene Höchstarbeitszeit von 8 Stunden an 30 der

Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden beschäftigt werden dürfen.

Das Kaufmannsgericht vertritt die Ansicht, daß, wenn auf Grund dieser Gesetzesbestimmung in einem Betriebe Mehrarbeit angeordnet wird, die Tage, an denen die Mehrarbeit zu geschehen hat, genau bestimmt werden müssen. Dies ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Die Bekanntmachung gibt lediglich bekannt, daß die Arbeitszeit für sämtliche Büreaus auf wöchentlich 54 Stunden festgesetzt werden soll. Eine Bestimmung der Tage, an denen Mehrarbeit geleistet werden soll, befindet sich nicht darin. Wenn man auf Grund der Verordnung über die Arbeitszeit auch wird ausgeben müssen, daß dem Arbeitgeber unbenommen bleibt, an 30 hintereinander folgenden Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen, daß also kein Erfordernis besteht, die Mehrarbeit auf das ganze Jahr zu verteilen, so wird man aus praktischen Gründen doch unbedingt daran festhalten müssen, daß zum mindesten dann zum Ausdruck gebracht wird, daß die Mehrarbeit von einem bestimmten Tage an 30 aufeinanderfolgenden Tagen zu leisten ist. — Der offensibare Versuch, die Arbeitszeit dauernd auf 9 Stunden zu verlängern, ist mit dieser Entscheidung mißfällig.

Die gesetzliche Arbeitszeit acht Stunden, für Mehrarbeit Ueberstundenzuschläge.

Sofern tariflich keine andere Regelung über die Arbeitszeit getroffen ist, muß der Unternehmer, wenn er nach § 3 der Arbeitszeitverordnung länger arbeiten läßt, diese Mehrarbeit mit dem üblichen Ueberstundenzuschlag bezahlen. Die Unternehmer vertreten oft die Ansicht, einfach nur die Lohnstunden zu vergüten. Sieht ist durch einen Bescheid des Reichsarbeitsministeriums, der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht ist, diese Ansicht als irrig zurückgewiesen worden. Es heißt dort:

„Der allgemeine Teil der im „Reichsarbeitsblatt“ 1924 Nr. 12 Amtlicher Teil S. 16 veröffentlichten Begründung zur Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 enthält folgende Stelle:

Die Bemessung des Arbeitslohnes, namentlich die Frage der Ueberstundenbezahlung, will die Verordnung nicht einbeziehen. Die Lohnregelung muß, wie bisher, der Verständigung der Beteiligten, vor allem im Wege des Tarifvertrags, überlassen bleiben.

Dies gilt auch für den § 3 der Verordnung. Der Ausdruck „Ueberstunden“ ist vermieden worden, um zu verhindern, daß daraus ein Anspruch auf Bezahlung von Ueberstundenzuschlägen hergeleitet würde. Auf der anderen Seite berechtigt aber der Ausdruck „Mehrarbeit“ nicht zu der Auffassung, daß dadurch die Bezahlung von Ueberstundenzuschlägen ausgeschlossen werden soll. Vielmehr wollte die Verordnung weder in der einen noch in der anderen Richtung auf die Art der Bezahlung der Mehrarbeit einwirken, insbesondere also in tarifvertragliche Abmachungen, die darüber etwa bestehen, nicht eingreifen.

Ist kein Ueberstundenzuschlag festgesetzt, so muß er eben durch die Betriebsvertretung mit dem Unternehmer vereinbart werden.

Ein böstlicher Betriebsrat.

Wie organisierte Metallarbeiter böstlichen Maulhelden heimgeheuchelt haben, entnehmen wir der „Metallarbeiterzeitung“:

„In der Lokomotivfabrik Kraus in München wurde unter allerlei Schindeln und Ränken eine böstliche Liste für die Betriebsratswahl aufgestellt. Daraufhin zogen die übrigen Arbeiterverbände ihre Listen zurück. Die Böstlichen sollten zeigen, was sie für die Arbeiter leisten würden. Sie hatten sehr viel versprochen. Die Kur ist gelungen. Nach drei Tagen mußte der Hakenkreuzbetriebsrat unter dem förmlichen Beschützer unserer Kollegen vor einer gut besuchten Betriebsversammlung unsern Kollegen eingeleiten. Die Versammlung zwang ihn sogar, über seinen eigenen Mißtrauensantrag abstimmen zu lassen. Nur zwei Stimmen erhoben sich für den Betriebsrat. Der Betriebsrat mußte weiterhin die Erklärung abgeben, daß er keine Minute länger im Amt bleibe, nicht einmal für die Uebergangszeit. Auch das ist geschehen. Die Neuwahlen werden sofort erfolgen und es wird keine Hakenkreuzer wieder nach einem Betriebsratsposten gestellen. So geschehen in München, in der Hahnburg des Hakenkreuzes

über dieses „unbrüderliche“ Verhalten des Erfinders sehr aufgebracht, und auch Senefelders Mutter nahm entschiedenen Partei gegen ihren ältesten Sohn, den sie des Unrates bezichtigte. Die Folge war, daß Senefelders Brüder aus dessen Geschäft austraten und mit den Kenntnissen, die sie durch jenen erlangt hatten, eigene Druckereien errichteten. Um Aufträge zu erlangen, unterboten sie die Preise, so daß Senefelder, um sein eigenes Unternehmen nicht in Gefahr zu bringen, sich schließlich genötigt sah, gestützt auf sein Privileg seinen Brüdern die Ausübung des chemischen Druckes in Bayern unterzogen zu lassen. Sie gingen dann nach Würzburg, das damals noch nicht zu Bayern gehörte, und errichteten dort für den Wulstverleger S. Compert eine lithographische Druckerei. Da aber ihre Kenntnisse und Erfahrungen im chemischen Druck doch noch recht mangelhaft waren, ergelien sie keinen Erfolg, und jene Druckerei mußte wieder aufgegeben werden. Dagegen entwickelte sich die Druckerei, die Alois Senefelder für André in Offenbach eingerichtet hatte, so günstig, daß die beiden beschloßen, auch im Zustande Privatlegation für die neue Kunst zu erwerben und in den verschiedenen europäischen Hauptstädten Zweigunternehmungen zu begründen. Für diese sollten die Brüder Senefelders, mit denen er sich nach ihrem mißglückten Unternehmen wieder ausgesöhnt hatte, als Beirater tätig sein. Senefelder selbst brach sich 1801 nach London und erwarb dort für England, Schottland und Irland Patente auf das neue Druckverfahren, das dort als „Polyautographie“ bezeichnet wurde. In England befanden vor allem die Water sehr bald lebhaftes Interesse für das neue Druckverfahren, dessen künstlerische Bedeutung sie sehr wohl erkannten. Die Bildlithographie entstand daher in größerem Maßstabe zuerst auf englischem Boden und schon kurze Zeit nach der Einführung der neuen Kunst durch Senefelder entstanden recht gute Erzeugnisse dieser Art seitens englischer Maler.

Senefelder hatte ursprünglich die Lithographie nur für Schrift- und Notendruck verwendet, hatte dann jedoch schon

und mitten in der Hakenkreuzstimmung der Wahlen zum Bayerischen Landtag. Der Hakenkreuzschwindel wird schneller verschwinden als er gekommen ist. Der Sozialismus sieht zu tief in der Arbeiterklasse, als daß er durch nationale Pöbeleien ausgerottet werden könnte.“

Halte Treue!

Hat es jemals in der Welt Kämpfe gegeben ohne Niederlagen? Ob es sich um politische oder wirtschaftliche oder geistige Kämpfe handelte, es war stets ein Auf und Ab und ein Hin und Her. Nur die große Linie der Welt geht aufwärts. Und der trägt auch in der Niederlage diese geistige Linie des Sieges in seiner Seele, der da fest bis ins Tiefste von dem Glauben an den Sieg durchdrungen ist.

Uns nüchternen Menschen von heute fehlt leider zu sehr dieser große Glaube. Das Leben mit seinen Sorgen hat unsere Seele zerissen und unser Denken zerlegt, und so sehen wir immer nur Güter und Bösen des Lebens und Teile des Kampfes, statt aus einer großen, umfassenden Seele heraus all das Kleine, ob es gut oder schlecht, einflussig in den einen großen Glauben an die Zukunft, der das eigentliche Kernstück aller gemerkenschaftlichen Dinges ist.

Wer groß glaubt, der verrennt sich nicht in unaussprechliche, schmerzliche Augenblicke wie in Sackgassen, die den Blick verperren. Der heißt die Fänge zusammen und schaut mit stolzem Auge vorwärts, trotz alledem. Der trägt in seiner Brust das Weltgeschick. Der wächst in seiner Seele an Kraft und Größe. Der wächst zum Wegwinger der Welt.

Wer wie ein Halm im widrigen Winde hin- und herschwanzt, der ist kein Kämpfer, mag er sein, wo er will. Nur knorrige Eichen halten stand. Sie bieten Trost. Sie sind die Kraft und der Sieg.

Die gemerkenschaftliche Treue ist der lebendige, geistige Saft, der der Organikation diese Kraft des Trostes und des Sieges gibt.

Krieg dem Kriege!

Manifest an die Arbeiter aller Länder!

Der Zeitpunkt ist nicht ferne, an dem die Menschheit zum zehnten Mal mit Entsetzen auf jenen unheilvollen Zugluft zurückgeschauen wird, an dem der erste Kanonendonner den grauenhaften Massenmord des Weltkrieges ankündigte.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewöl über der mit Blut und Tränen beglückten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosen Rassen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlagworten einer vom Machtwahnsinn erfassten Kapitalistensklasse umnebelt, mußten ihr Leben für die Lüge opfern, daß sie für die Demokratie und die erdgnügliche Befreiung der Menschheit von der Kriegsgewalt in den Kampf zögen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehegt hatten und fast verurteilt glaubten.

Und schon rüsten die Staaten aufs neue zum Kampf. Mittlerweile sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenderen Tötungs- und Vernichtungsmitteln. Alle Welt weiß, daß ein neuer Krieg an Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenmordereien übersteigen würde. Ein neuer Krieg würde einen Kampf herausfordern, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Bakterien, der keinen Raum läßt für persönliches Heldentum und in dem die Menschen wie Ungeziefer ausgerottet würden.

Die Zeit heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verblasen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unerlöschbar weiter leben: ein Haß, den nur verbrednerische Gleichgültigkeit vergessen kann. Das ist der heilige Haß gegen den Krieg!

Eine Macht in der Welt gibt es, die Bürge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit angeschlossen der vom Krieg getrümmerten Welt von Bewerksamung übermächtig wurde, da war es die Arbeiterklasse, die als erste die Fahne der Internationale wieder emporhob.

Die Entwicklung des Steindrucks.

Von L. H. W. O. F. Friedena.

III. (Nachdruck verboten.)

Der lithographische Bildruck.

Von großem Wert für Senefelder wurde eine Geschäftsverbindung, die er mit dem Hofrat André aus Offenbach, dem Besitzer einer großen Musikalienhandlung und Zinn-druckerei, einging. André hatte einige nach dem neuen Verfahren hergestellte Notendrucke gesehen und war voll Bewunderung über die Schönheit dieser Erzeugnisse. Er ließ sich das neue Verfahren bekanntmachen und erwarb dann für die damals recht beträchtliche Summe von 2000 Gulden das Recht zur Ausübung der neuen Kunst und führte diese in Offenbach ein, indem er dort unter dem Beistand und der zeitweiligen Beilung Senefelders eine lithographische Druckerei einrichtete. Damit war für die beiden Teilhaber, Senefelder und Gäfner, der Uebergang zu einem beschleunigten Wohlstand geschehen. Sie konnten die in den früheren schlechten Zeiten gemachten Schulden zurückzahlen, die Druckerei erweitern und hatten gute Aussichten und genügende Aufträge, um auch in der Folge mit einer weiteren günstigen Entwicklung ihres Unternehmens rechnen zu können. „Was blieb uns also zu wünschen übrig!“ sagt Senefelder bei der Erwähnung jener Zeit. Doch stellten sich bald wieder Verdrießlichkeiten ein, die ihm seine Brüder bereiteten, die er in sein Geschäft aufgenommen und in seine Technik eingeweiht hatte. Senefelder hatte sich verpflichtet gefühlt, jene 2000 Gulden, die das Geschäft mit André abgeworfen hatte, mit Gäfner zu teilen, der ihm ja Jahre hindurch Geldmittel zur Fortsetzung seiner Versuchung vorgezogen hatte; seine Brüder dagegen hatten von jener Summe nichts abbekommen, was auch ganz in der Ordnung war, da sie bis dahin nicht das geringste zu dem Unternehmen beigetragen hatten. Dennoch zeigten sie sich

im Jahre 1799 begonnen, Kreidezeichnungen auf Stein auszuführen, womit er den Grund für die künstlerische Entwicklung der Lithographie, also die Bildlithographie, gelegt hatte. Als Senefelder nach England kam, wurde die Direktion der Münchener Kunstschule von dem Bruder Senefelders mit dem neuen Verfahren bekanntgemacht, und der an dieser Anstalt tätige Professor Hermann Mitterer erkannte sofort die große Bedeutung des neuen Verfahrens für die künstlerische und kunstgewerbliche Graphik und ging mit Feuereifer daran, diese für solche Zwecke nutzbar zu machen. Da Senefelder jedoch selbst nicht anwesend und sein Bruder nicht genügend in alle Einzelheiten des Verfahrens eingeweiht war, suchte Mitterer das Fehlende durch eigene Versuche zu ergänzen. So erlangte er die Lithographie förmlich nochmal und bildete dabei besonders das Kreidungsverfahren aus, von dem dann die eigentliche Entwicklung der künstlerischen Lithographie ausging. Selbst um die technische Verbesserung der Lithographie hat sich Mitterer verdient gemacht, so durch die Erfindung einer verbesserten lithographischen Presse, die sogenannte Koll- oder Hebelpresse, bei der die Unterlage, die den Stein trägt, mit diesem unter dem feststehenden Welker durchgezogen wird. Vollständig kam jedoch auch Mitterer nicht hinter das Geheimnis des lithographischen Druckes, und von ihm und einigen seiner Schüler damals hergestellten lithographischen Kunstwerke läßt sich deutlich die technischen Mängel der Ausführung erkennen, die eben nur der Erfinder der Lithographie selbst hätte beheben können. Die Präparierung der Steine war nicht richtig und auch die Tinte, deren sich Mitterer bediente, war nicht von der richtigen Zusammensetzung. Mitterer und die anderen Künstler, die damals Bildlithographien herstellten, benutzten auch ungedröckten Stein, an dem die Zeichnung nur mangelhaft haften blieb und der nach wenigen Abdrücken schon unbrauchbar wurde. Auch die Mutter Senefelders, die an sich Mitterer in seiner Verlegenheit wandte, konnte ihm keinen vollen Aufschluß über die Befreiung jener Mängel geben, und so konnte

Es war die international organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Ruf erschallen ließ: „Nieder mit dem Krieg!“ Dieses internationale vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg vernichten wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen — dann wird ihr Massenaufmarsch gleich einer drohenden Warnung allen jenen in die Ohren tönen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habgier auf neue Ansehen, die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Trauer zu stürzen.

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Anti-Kriegstag. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale werden diese Veranstaltung unterstützen.

Dieser Tag muß eine Heerschau werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den unbegreiflichen Friedenswillen der Völker ungestraft verhöhnen dürfen.

Kameraden! Demonstriert in Massen von Tausenden an unserem internationalen Anti-Kriegs-Tag!

Krieg dem Kriege! Es lebe der Weltfrieden!

Internationales Gewerkschaftsbund

Léon Jouhaux, Th. Leipart, C. Mertens, Vorsitzende.
 Jan Dubegeest, Joh. Sollenbach, John W. Brown, Sekretäre.
 Amsterdam: Nebert. Verband von Bakerevereinigungen, R. Stenhuis. — Belgrad: Gvojni Radniti Savez Jugoslavije, Luta Pavicevic. — Berlin: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Th. Leipart. — Bern: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Karl Dürr. — Brüssel: Commission Syndicale de Belgique, Corn. Mertens. — Budapest: Magyarországi Szakszervezeti Tanács, S. Jaszai. — Jerusalem: Gen. Fed. of Jewish Labour in Erez Israel, D. Ben-Gurion. — Johannesburg: South African Industrial Federation, A. Crawford. — Klausenburg: Conf. Gen. of Unionist Mineworkers din Romania, Geza Joffe. — Kopenhagen: De Samvirkende Fagforbund i Danmark, C. Madsen. — London: The Trades Union Congress General Council, Fred Bramley. — Luzernburg: Gewerkschaftskommission Luzernburgs, P. Krier. — Madrid: Union General de Trabajadores, Francisco L. Caballero. — Mailand: Confederazione Generale del Lavoro, D'Aragnona. — Ottawa: The Trades and Labor Congress of Canada, T. Moore. — Paris: Confédération Générale du Travail, Léon Jouhaux. — Riga: Latvijas Arodbiedrību Centrālbirojs, C. Morics. — Warschau: Związek Stowarzyszeń Zawodowców w Polsce, J. Zulawski.

Amsterdam, April 1924.

Ein verrückter Streit.

Dem „Berliner Tageblatt“ vom 14. April wird berichtet: „Am Graffschaffs-Irrenhaus zu Donegal in Nordirland (nicht in Südbanern. Schriftl. Nr. 3.)“ streift jetzt das Pflegepersonal, 600 Bahnsinnige leben in der Anstalt. Wenn sie niemand beaufsichtigt, wenn ihnen niemand zu essen gibt, das muß doch entsetzlich sein, nicht? Die Streikenden sind gut organisiert; als die Anstaltsleitung Streikbrecher kommen ließ, gelang es den ausländischen Wärtern, sie wieder zu entfernen. Da kamen von allen Seiten die Angehörigen der Wahnsinnigen herbei; sie wollten die Patienten lieber abholen, als sie ohne Aufsicht im Irrenhaus lassen.

Was aber taten unterdessen im Irrenhaus zu Donegal in Irland die 600 irren Irren? Etwas sehr Vernünftiges! Wenn die Wärter aufgeregt sind, die Tollhäuser bewachen die vollste Ruhe. Das Personal ist weggegangen und hat die technischen Betriebe der großen Anstalt in Unordnung hinterlassen, die Heizanlagen, die Kochapparate. Aber unter den Verrückten von Donegal ist ein Ingenieur, 17mal wahnsinnig, unfähig, seinen Beruf auszuüben, seit 25 Jahren schon in der Anstalt. Dieser Mann nun ist hingegangen und hat mit Hilfe eines größtewahnsinnigen Maschinenisten und einiger melancholischer Herzen alle die Apparate wieder in Betrieb gesetzt, eins, zwei, alles ist in der schönsten Ordnung, es kann geheizt, gekocht und gekostet werden. Ja, aber wer soll kochen, wer das Essen auftragen? Es meiden

sich die Bildhographie trotz aller Bemühungen Mittleres damals nur wenig entwickelt. Zu den lithographischen Kunstfertigkeiten, die damals auf diese Weise entstanden und die trotz ihrer technischen Mängel heute für uns von größtem Wert als Erinnerungen an die erste Zeit der Bildhographie sind, gehörten Heiligenbilder von Andreas Seidl, dann mit Feder und Kreide gezeichnete Landschaftsköpfe der Maler Hof, Wornberger und Wagenauer und Figurenzeichnungen von Mittlerer. Am ganzen halten sich damals sieben Münchener Künstler für die Herausgabe lithographischer Bildwerke zusammengefaßt, die sie zukommen in einem Sammelwerk unter dem Titel: „Lithographische Kunstprodukte“ erscheinen ließen. Dann folgten ein Bilderverzeichnis von nützlichen und schädlichen Pflanzen und ebenso ein solches von Säugetieren, Werke, die zu Unterrichtszielen verwandt wurden und mehr auf Nützlichkeit als künstlerische Ziele gerichtet waren. Gleditschly errichtete auch ein früherer Arbeiter Senefelders, Anton Niedermayer, der bei diesem einiges von der neuen Kunst gelernt hatte, eine lithographische Druckerei in Straubing und gab sich sogar als Erfinder der Lithographie aus. Er reiste auch nach Paris und Wien, um dort ebenfalls Druckereien zu errichten, was ihm jedoch nicht gelang.

Während so Künstler und Gewerbetreibende das neue Verfahren für ihre Zwecke nutzbar zu machen suchten, war der Erfinder selbst für eine Reihe von Jahren nahezu ausgegesset. Senefelder war, nachdem er von England zurückgekehrt war, nach Wien gegangen, um dort für die Einführung seiner Erfindung tätig zu sein. Hier aber erwartete ihn unannehmliche Schwierigkeiten, die seinen Bemühungen fast allen Erfolg verwehrt. Ursache war die Unwissenheit zweier Frauen. Die eine war Senefelders Mutter, die aus der Erfindung ihres ältesten Sohnes Kapital für ihre anderen Söhne zu schlagen suchte und schon vor Senefelder nach Wien gereist war, um in diesem Sinne zu wirken; die andere war die Gattin Gleitsners, die für den Sozialis Senefelders in ganz ähnlicher Mission nach der Kaiserstadt

Die Tariflöhne im Buchdruckgewerbe betragen am 3. Mai 1924

Orts- aufschlag	Männliches Hilfspersonal im Alter von							
	über 24 Jahren		21—24 Jahren		19—21 Jahren		17—19 Jahren	
	berheft.	ledig	berheft.	ledig	berheft.	ledig	berheft.	ledig
ohne	20,16	18,14	17,01	15,81	15,12	13,61	11,34	
2 1/2 %	20,08	18,06	17,41	16,00	15,50	13,95	11,62	
5 %	21,17	19,05	17,86	16,08	15,88	14,20	11,01	
7 1/2 %	21,07	19,60	18,20	16,46	16,25	14,63	12,10	
10 %	22,18	19,00	18,71	16,84	16,08	14,97	12,47	
12 1/2 %	22,68	20,41	19,14	17,23	17,01	15,31	12,76	
15 %	23,18	20,87	19,56	17,61	17,80	15,65	13,04	
17 1/2 %	23,69	21,32	19,99	17,99	17,77	15,99	13,32	
20 %	24,19	21,77	20,41	18,37	18,14	16,33	13,61	
22 1/2 %	24,70	22,23	20,84	18,76	18,52	16,67	13,89	
25 %	25,20	22,68	21,29	19,14	18,90	17,01	14,17	
Summ.	25,70	23,17	21,77	19,60	19,35	17,43	14,52	
	20,21*	23,64*	22,23*	20,01*	19,76*	17,78*	14,82*	
	26,78†	24,10†	22,68†	20,42†	20,16†	18,14†	15,12†	

* Dresden, München, Stuttgart.

† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

Die für Berlin angegebenen Löhne gelten schon ab 26. April 1924.

Orts- aufschlag	Anlegerinnen im Alter						Sonstige Hilfs- arbeiterinnen im Alter			
	über 21 Jahre		von 19 bis 21 Jahren		von 17 bis 19 Jahren		über 21 Jahre		von 19 bis 21 Jahren	von 17 bis 19 Jahren
	berheft.	ledig	berheft.	ledig	berheft.	ledig	berheft.	ledig	berheft.	ledig
ohne	12,47	11,28	9,88	10,21	9,19	8,16				
2 1/2 %	12,70	11,51	10,14	10,46	9,42	8,37				
5 %	13,10	11,79	10,40	10,72	9,65	8,57				
7 1/2 %	13,41	12,07	10,60	10,97	9,88	8,78				
10 %	13,72	12,35	10,92	11,23	10,11	8,98				
12 1/2 %	14,03	12,63	11,18	11,48	10,34	9,19				
15 %	14,35	12,91	11,44	11,74	10,67	9,49				
17 1/2 %	14,66	13,19	11,70	11,99	10,79	9,59				
20 %	14,97	13,47	11,96	12,25	11,02	9,80				
22 1/2 %	15,28	13,76	12,21	12,50	11,25	10,00				
25 %	15,59	14,04	12,47	12,70	11,48	10,21				
Summ.	16,32	14,70	13,61	13,61	12,25	10,89				
	16,67*	15,01*	13,84*	13,89*	12,50*	11,11*				
	17,01†	15,31†	14,18†	14,18†	12,76†	11,34†				

* Dresden, München, Stuttgart.

† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

Die für Berlin angegebenen Löhne gelten schon ab 26. April 1924.

140 männliche und 30 weibliche Wahnsinnige als Köche und Aufwärter. Und siehe da, es kommen gänzlich unverfälschte, es kommen normale Suppen auf den Tisch.

Ja, aber die Töblichste? 74 unheilbar Tolle sind in der Anstalt, in den verschlossenen Zellen. Die anderen Wahnsinnigen, die Sanften, die Trüben und diejenigen, die Gott oder der König von England zu sein glauben, beschließen mit sanfter Entschiedenheit, die wilden Kollegen weiter eingesperrt zu halten.

In diesem großen Irrenhaus hat jetzt nur ein einziger Mensch einen verwirrten Kopf, der Direktor. Der Mann versteht die Welt nicht mehr. Sein ganzes schünes Irrenhaus ist im besten Betrieb, und es wird von lauter Verrückten in Betrieb gehalten, die man unmöglich unter freien Menschen leben und arbeiten lassen konnte. Noch nie hatte Wahnsinn so viel Weisheit. In diesem ganzen unruhigen Irrenhaus gibt es heute nur einen ruhigen und musterhaft verwalteten Bezirk, das ist dieses Irrenhaus von Donegal. Die Geschichte gibt zu denken. Gibt zu denken, denken. Man könnte irrsinnig werden, wenn man recht intensiv über sie nachdenkt.

an der Donau gekommen war. Die beiden von Feindseligkeit und Mißtrauen erfüllten Frauen, durch die die erste Kenntnis des neuen Verfahrens nach Oesterreich gebracht wurde, erreichten durch ihre Rivalität jedoch nicht nur selber nichts, sondern verurachteten auch Senefelder, als dieser dann selbst nach Wien kam, die größten Schwierigkeiten für die Erlangung eines Privilegs. Nach zahllosen Widerwärtigkeiten wurde ihm ein solches schließlich im Jahre 1803 erteilt, ohne daß ihm dieses jedoch besondere geschäftliche Erfolge eingebracht hätte, obwohl er sich fünf Jahre lang in Wien aufhielt. Die Künstler und Kunsthändler in Wien waren so kurzschichtig, in dem neuen Verfahren eine Schädigung ihres Gewerbes zu befürchten und arbeiteten Senefelder mit allen Mitteln entgegen. Auch erschwerte sich Senefelder selbst das Leben durch Unternehmungen anderer Art. Er hatte ein Verfahren erfunden, die Steindruckerei auch für den Leinen- und Kattundruck zu verwenden, und da damals dieser Gewerbebezirk in Oesterreich in hoher Blüte stand, erhoffte er von seiner Erfindung einen großen Erfolg. Aber trotz jahrelanger Anstrengungen und Opfer an Zeit und Geld schlugen seine Hoffnungen fehl, nicht weil sich sein Verfahren nicht bewährt hätte, sondern weil er die äußeren Schwierigkeiten nicht zu überwinden vermochte. Im Jahre 1806 kehrte Senefelder nach fünf Jahren ergebnisloser Arbeit in Wien nach München zurück.

Während seiner jahrelangen Abwesenheit hatte die Lithographie inzwischen einen gewissen Aufschwung erfahren. In München selbst war, wie bereits erwähnt, durch den Professor Mittlerer eine lithographische Kunstschule errichtet, durch welche die Verwendung des neuen Druckverfahrens für künstlerische Zwecke eine schnelle Förderung erfuhr und eine Anzahl lithographischer Bildwerke zur Herausgabe gelangte, die den Ruf der neuen Kunst in die weitere Kreise trugen und auch im Ausland bekannt machten. Viele Fremde kamen nach München, um das neue Verfahren kennenzulernen, eigneten es sich auf irgendwelchen Um- oder Schleichwegen an und errichteten dann an anderen

Alkohol.

Zwei Arbeiter schaukeln betrunken die Straße entlang, das Lied gröhnend: „Die Internationale wird dir die Menschheit sein!“ Ich wende mich voll Ekel ab! Wie kann es möglich sein, daß Arbeiter ihr heiliges Lied so in den Schmutz treten? Aber sie sind ja ihres Verstandes beraubt, sind ja betrunken.

Da ziehen Burlesken und Mädels der proletarischen Jugendbewegung vorbei. Freiheit, Arbeit leuchtet in ihren Augen. Volle Kampfesbegeisterung singen sie ihr Lied: „Mit uns zieht die neue Zeit!“

Ja, Kollegen, eine neue, bessere Welt wollen wir uns erkämpfen. Aber wir können diesen Kampf nur siegreich bestehen, wenn unser Geist und Körper fest bleibt vom Bist des Alkohols. Es muß gerade die Aufgabe der Jugend sein, auch in dieser Hinsicht voranzufahren. Der Kampf gegen den Alkohol ist eine hohe Kulturaufgabe der Jugend.

R. L., Wln.

Kampfrühling.

Man spricht von den Satten, jenen Philistinen, die alles haben. Sie sind zufrieden in jeder Weise, körperlich, geistig und seelisch. Und darum sind sie unbrauchbare, verborte Knospen am Baum der Menschheit, Pfirsicher, aus denen niemals Entwicklung, Zukunft werden kann.

Auch in den wirtschaftlichen und geistigen Bewegungen gibt es Menschen, die satt sind, Pfirsicher, die für ihre Organisation den Zustand der Bollendung und damit des Erfolgs verlangen. Ein Baum, der seine Früchte den in seinem Schatten liegenden Träumern in den Schoß wirft, steht im Herbst des Lebens.

Wer von seiner Organisation immer nur alles verlangt, ist ein Mensch des Herbstes. Nein, niemals soll eine Bewegung, welcher Art sie auch ist, allgemeine Zufriedenheit wecken. Immer muß noch eine Lücke sein, immer muß Neues zu eritreben möglich sein.

Und damit gehört auch ein Stillstand, ja auch ein Rückschlag zum Jungsein. Natürlich muß jeder einzelne und mit jedem einzelnen Verband ringen um die Bollendung. Er muß sein Ganzes einsetzen, um Ganzes zu erkämpfen. Aber dabei gilt es, immer innerlich jung zu sein, immer wieder Frühlings zu fühlen mit tausendfachen Erwartungen.

Aus dem Steinruckgewerbe.

Frankfurt a. M.

Die für die hiesigen Steinruckbetriebe geltenden Lohnsätze sind für die Zeit vom 29. März bis 2. Mai und ab 3. Mai neu vereinbart worden. Steinschleifer, verheiratet, von 21 bis 24 Jahren erhalten 24,30 M., ledig 21,87 M., Steinschleifer über 24 Jahre verheiratet 23,50 M., ledig 25,65 M. Ab 3. Mai betragen diese Löhne 25,52 M. und 22,96 für verheiratete und ledige Steinschleifer von 21 bis 24 Jahren, für Steinschleifer über 24 Jahre 29,93 M. und 26,93 M.

Für die Hilfsarbeiter derselben Altersklassen sind folgende Löhne vereinbart worden: von 21 bis 24 Jahren, verheiratet 21,60 M., ledig 19,44 M., und ab 3. Mai 22,68 M. und 20,41 M. Für Hilfsarbeiter über 24 Jahre, verheiratet 25,50 M., ledig 22,96 M., und ab 3. Mai 26,78 M. und 24,10 M. Bei den Hilfsarbeitern ist eine einjährige Berufstätigkeit Voraussetzung.

Für die Anlegerinnen, Bogenfängerinnen und Hilfsarbeiterinnen sind drei Altersklassen vorgesehen, wie sie im Reichsarbeitsrat für das Buchdruckhilfspersonal bei den Arbeiterinnen bestehen. Die Löhne der Anlegerinnen betragen für die Zeit vom 29. März bis 2. Mai: von 17 bis 19 Jahren 14,58 M., von 19 bis 21 Jahren 16,40 M., über 21 Jahre 18,22 M. und ab 3. Mai 15,31 M., 17,22 M. und 19,14 M.

Die Lohnsätze der Bogenfängerinnen für die Zeit vom 29. März bis 2. Mai: von 17 bis 19 Jahren 13,50 M., von 19 bis 21 Jahren 15,18 M., über 21 Jahre 16,87 M. und ab 3. Mai 14,18 M., 15,94 M. und 17,72 M.

Die Löhne der Hilfsarbeiterinnen für die Zeit vom 29. März bis 2. Mai betragen 10,80 M., 12,15 M. und 13,50 M. und ab 3. Mai 11,34 M., 12,76 M. und 14,18 M.

Orien Druckereien, von denen allerdings die meisten immer sehr hind wieder einlangen. Auch Kaiser Napoleon, der um jene Zeit nach München kam, betundete lebhaftes Interesse für die neue Kunst und ließ sich in der lithographischen Kunstschule das Verfahren vorführen. Sein Bruder, Louis Napoleon, der spätere König von Holland, und ebenso der General Lejeune, der im Gefolge Napoleons war, verlusteten sogar selbst die Ausübung der neuen Kunst und fertigten einige Zeichnungen an. Senefelders Brüder errichteten dann in München eine zweite Steinruckerei, die vor allem der Herstellung von Land- und Generalsstabkarten gewidmet war und der Ausgangspunkt des seitdem gerade in Bayern so hoher Entwicklung gelangten graphischen Spagabietes, der lithographischen Kartographie wurde. Um dieselbe Zeit wurde durch den Italiener D'Almani, der sich das neue Verfahren in München angeeignet hatte, auch eine lithographische Presse nach Rom gebracht und damit die lithographische Druckkunst auf italienischem Boden begründet. Ein früherer Bekannter Senefelders endlich Strohofer mit Namen, führte das neue Druckverfahren bei der überdachten Druckerei von Cotta in Stuttgart ein. Zwar konnte Strohofer das Verfahren selbst nur mangelhaft angeben, aber Knapp, der Direktor der Cotta'schen Druckerei, der die große Bedeutung des neuen Verfahrens für die gesamte Graphik sehr wohl erkannte, gelang es durch eigene Versuche, sich die Technik des Verfahrens vollständig zu eignen zu machen, das er dann in seinem Betriebe erfolgreich zur Anwendung brachte. Knapp gab dann im Jahre 1810 ein Werk über die neue Kunst heraus, betitelt: „Das Geheimnis des Steinruckes, in seinem ganzen Umfange dargestellt“, in welchem er die neue Technik einsehend schilderte, zugleich aber das Verdienst Senefelders als Erfinder der neuen Kunst wärm und reichhaltig anerkannte. Knapps Werk war das erste Buch über die Lithographie und übte dieses auch, bis im Jahre 1816 Senefelder selbst ein ausführliches Werk über seine Erfindung und die darauf beruhende Steinruckerei herausgab.

Für Bronzier-, Feder- und Abstaubarbeiten werden Sonderentlohnungen gezahlt, und zwar bei Maschinenarbeiten 7 Pf. und bei Handarbeiten 14 Pf. stündlich.

Hamburg.

Für die Zeit vom 19. April bis 31. Mai gelten für das Hilfspersonal im Steindruck folgende Lohnsätze:
Hilfsarbeiter (ledig): von 17—19 Jahren 16,80; 19—21 Jahren 20,16; 21—24 Jahren 22,68; über 24 Jahre 26,78 Mt.

Hilfsarbeiter (verheiratet): von 21—24 Jahren 25,20; über 24 Jahre 29,75 Mt.

Anlegerinnen: von 17—19 Jahren 15,12; 19—21 Jahren 17,01; über 21 Jahre 18,90 Mt.

Hilfsarbeiterinnen: von 17—19 Jahren 12,40; 19—21 Jahren 14,16; über 21 Jahre 15,75 Mt.

Bronzier- und Feder- mit Farbstoff wird mit 6 Proz. Zuschlag zum Stundelohn vergütet.

Offenbach a. M.

Die Billigteitsbaur der für diesen Ort vereinbarten Löhne des Steindruckhilfspersonals ist auf die Zeit vom 29. März bis 2. Mai und ab 3. Mai festgelegt. Die männlichen Hilfsarbeiter beziehen dieselben Löhne wie in Frankfurt a. M. Für Anlegerinnen, Bogenfängerinnen und Hilfsarbeiterinnen gelten jedoch andere Löhne.

Anlegerinnen vom 29. März bis 2. Mai von 17 bis 19 Jahren 14,47 Mt., von 19 bis 21 Jahren 17,50 Mt., über 21 Jahre 19,44 Mt. Ab 3. Mai 16,33 Mt., 18,37 Mt. und 20,41 Mt.

Bogenfängerinnen vom 29. März bis 2. Mai von 17 bis 19 Jahren 14,47 Mt., von 19 bis 21 Jahren 16,28 Mt., über 21 Jahre 18,09 Mt. Ab 3. Mai 15,20 Mt., 17,09 Mt. und 18,99 Mt.

Hilfsarbeiterinnen vom 29. März bis 2. Mai von 17 bis 19 Jahren 13,39 Mt., von 19 bis 21 Jahren 15,07 Mt., über 21 Jahre 16,74 Mt. Ab 3. Mai 14,05 Mt., 15,82 Mt. und 17,58 Mt.

Die Entschädigung für Bronzier-, Feder- und Abstaubarbeiten beträgt je Stunde 7 Pf. bei Arbeiten an der Maschine und 14 Pf. bei Handarbeiten.

Aus den Zahlstellen.

Halle (Saale). In der am 24. April stattgefundenen Versammlung schilderte der Vorsitzende die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Leider muß festgestellt werden, daß für unsere Kollegen nur die Lohnerhöhung in Frage kommt, die der Schiedspruch vorseht. Die Arbeitgeber vertreten den Standpunkt, die Personale nach Bedarf einzustellen. Zu dieser Frage gab der Vertreter der Hilfsarbeiter eine Erklärung ab, daß die streikenden Hilfsarbeiter nur die Arbeit wieder aufnehmen, wenn alle restlos eingestellt werden. Die Arbeitgeber erklärten, keine Mängelung vorzunehmen; nur der Vertreter der „Halle-Zeitung“ brachte zum Ausdruck, sämtliches Personal nicht wieder einzustellen zu können, da die Aufträge zurückgegangen wären. Dieser Herr konnte große Löhne anfragen, was doch der größte Teil der Geschäfte den Streikenden in den Rücken gefallen. Die Arbeit wurde am 19. April wieder aufgenommen, der zweite Feiertag wurde bezahlet. Das streikende Hilfspersonal hat keine allen Arbeitsplätze wieder eingenommen. Nur die „Halle-Zeitung“ hat drei Angelerinnen nicht wieder eingestellt, sie wurden anderweitig untergebracht. Die Bestimmungslagen werden auch dem Hilfspersonal gezahlt. Die Anwesenden brachten zum Ausdruck, die Arbeitgeber an ihr Versprechen zu erinnern. Es haben sich nur wenig Streikbrecher gefunden; die Hilfsarbeiterschaft wird sich ihnen gegenüber entsprechend verhalten. Folgende Buchbinderarbeiten sind den Streikenden in den Rücken gefallen: Fr. Heyn, Männerhöhe 29; Fr. Wilsdorf, Gr. Gosenstr. 16, sowie Transportarbeiter Schröder (Waisenhaus). Die Verammlung genehmigte den Ausschluß folgender Mitglieder: Eva Behling, Hirsenstr. 3; Frau Marie, Kaunische 3; Herb. Bennewitz, Ludwigstr. 37; Marie Höne, Schmidstr. 24; Martha Prange, Schützenstr. 6; Heinz Stahlmann, Nietenleben; Franz Hein (Waisenhaus). Der Hilfsarbeiterschaft in Steinbrücken wurde an Beispielen nachgewiesen, daß sie viel zu gering entlohnt wird; auch hier wird das Verfümte in Kürze nachgeholt werden. Mit einem Appell an die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß sich alles reiflos dem Verband anschließt, wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Die Not unserer Kinder wird aus einem Vergleich der Kindersterblichkeit in England und Deutschland ersichtlich. In London betrug die Kindersterblichkeit im letzten Vierteljahr 1923: 67 Promille (auf das Tausend), dagegen in Berlin 134, in Breslau 148, in Köln 106, in Dresden 93, in Frankfurt 71 und in München 117. Da ist der internationale Zusammenstoß der Proletarier doch ein anderer Kulturfaktor als ein Krieg!

Eine passende Bezeichnung für Nichtorganisierte wählte nach der „Welt am Montag“ das in Kristiania erscheinende Gewerkschaftsblatt der Straßenbahnerorganisation Es bezeichnete sechs unorganisierte Straßenbahner als Parasiten, die darauf gegen den Redakteur eine Ehrenbeleidigungsklage anstifteten. Des norwegische Gericht schloß sich jedoch der Auffassung des Gewerkschaftsredaktors an und fällte folgendes Urteil: Die Klage wird als unbedeutend zurückgewiesen mit der Begründung, daß für Menschen, die sich dagegen wehren, in die ihre Interessen vertretende Organisation einzutreten, die Bezeichnung „Parasiten“ paßend ist.

Ohne eine nähere Betrachtung darüber anzustellen, wie die Sache Richter in einem ähnlichen Fall geurteilt hätten, werden organisierte Arbeiter überall der Auffassung sein, daß Werte, die wohl die von der Organisation errungenen Vorteile in Arbeitszeit, Entlohnung usw. genießen, aber nichts dazu beitragen, gefährliche Schwärmer sind. Sie sowie die Streikbrecher, die aus Böswilligkeit oder Dummheit Nutzen aus der gewerkschaftlichen Solidarität ziehen, werden organisierte Arbeiter stets als feige und schamhafte Subjekte betrachten.

Die Unterernährung des Proletariats kommt zum klaren Ausdruck in den amtlichen Zahlen über den Fleischverbrauch. Der Fleischverbrauch hat sich nämlich auch in den Jahren nach der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung dauernd

verschlechtert. Wesentlich war hierfür die Senkung der realen Kaufkraft der breiten Massen. Besonders kam die städtische Bevölkerung immer weniger als Abnehmerin für Fleisch in Betracht. Der Fleischverbrauch ist so weit zurückgegangen, daß er 1923 betrug. Wenn man nun in Betracht zieht, daß der Fleischverbrauch auf dem Lande nicht so sehr zurückgegangen ist wie in den Städten, und wenn man berücksichtigt, daß die Landbevölkerung 25 bis 30 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmacht, dann kommt man zu dem traurigen Ergebnis, daß der Fleischverbrauch in den Städten nur rund ein Drittel des Verbrauchs vor dem Kriege betrug. Und wenn man hierbei wieder berücksichtigt, daß sehr viele Städte ihren Fleischverbrauch wenig oder gar nicht eingeschränkt haben, dann sieht man, welche große Teile des städtischen Proletariats Fleisch sozusagen überhaupt nicht mehr kennen! Aber die großen Konsequenzen, die sich hieraus für das Ganze ergeben, sind dem Unternehmer gleichgültig. Da kann nur helfen die ganze ungeschwächte organisatorische Kraft aller Ausbeuteten!

Das einzige Blatt der Londoner Arbeiter, der „Daily Herald“ hat keine Auflage um ein Bedeutendes erhöhen können. Ende August des vergangenen Jahres wurde das offizielle Organ der Labour Party in einer Auflage von 290 000 Exemplaren hergestellt, die unter der Regierung MacDonalds auf 378 000 gestiegen ist. Wesentlich wird auch dazu der Umwandlung beigetragen haben, daß der „Daily Herald“ das Organ der jetzigen britischen Regierung ist.

Eine leichtfertige Beschuldigung gegen den Buchdruckerverband ist im „Zeitungsverlag“ erhoben worden. Dort wurde das schon bei den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium erzählte Märchen, die letzte Lohnbewegung im Buchdruckergewerbe sei politischen Motiven entsprungen, um die bürgerliche Presse während der Wahlzeit stillzulegen, in etwas anderer Form neu aufgeführt. Man behauptete, daß die Reichsorganisation der Buchdrucker eine Bitte der ausländischen Organisationen um finanzielle Unterstützung abgelehnt habe mit der ausdrücklichen Begründung, man müsse einen Fonds annehmen, da entsprechend dem erfolgreichen Vorgehen der Saarländer Organisation anlässlich der französischen Wahlen die Reichsorganisation beschließen habe, ebenfalls einen allgemeinen Buchdruckerstreik während der letzten vier Tage vor den Wahlen zu inszenieren. Diesen Schwindel hat die Leitung des Buchdruckerverbandes durch eine Berichtigung sofort richtiggestellt. Der „Zeitungsverlag“ hat es jedoch vorgezogen, die Berichtigung nicht zu bringen. Wenigstens vorläufig noch nicht, obwohl es nach der Drucklegung möglich gewesen wäre. Die geplagten Führer im Unternehmerlager sind schwer im Druhd, wie sie ihre Blamage, die sie sich bei der letzten Lohnbewegung geholt haben, bemanen sollen und versuchen daher allerhand Kräfte. Sie wollen damit ihren durch die falsche Lohnpolitik aufgeführt gewordenen Mitgliedern beweisen, daß es auch zu einer Protestbewegung, zu Kündigung und Ausstand gekommen wäre, selbst wenn sie eine hinreichende Lohnerhöhung bewilligt hätten. In diesem Falle ist das Märchen nicht gestrichelt. Es muß schief mit manchen „Führer“ bei den Unternehmern stehen, wenn nur so verwerfliche Mittel ins Spiel kommen.

Die Entleerung des Mittelstandes. Die Inflation hat mit den kleinen Vermögen gründlich aufgeräumt. Das noch übrigbleibende hat nur die Börsenrente verhängt. Mit der Zeit der fortgeschrittenen Inflation seit Mitte 1923 sein Papiergeld nicht völlig entwertet lassen wollte und auch nicht in der Lage war, fremde Wäskten dafür zu kaufen, der mußte notgedrungen Aktien kaufen, um seine Vermögenssubstanzen mehr oder weniger zu erhalten. Die Aktien waren, in Goldtrönen umgerechnet, fast unterwertet und so hoffte man auf ihre Wertberhöhung nach der Stabilisierung. Das Gegenteil ist erfolgt und die Aktientur, selbst die der größten schwerindustriellen Gesellschaften, sinken unentwegt und stehen auf einem viel niedrigeren Stand als im Sommer 1923. Die Banken hätten die Pflicht, die Kurse der von ihnen selbst empfohlenen Aktien durch Käufe zu stützen. Sie machen das Gegenteil, drücken den Kurs noch weiter, um billig in den Besitz von großen Mengen Aktien gelangen zu können. Infolge der Geldknappheit sind nämlich die kapitalistischen Elemente sowohl des Mittelstandes wie der kleinen Unternehmer nicht mehr länger in der Lage, die während der Inflationszeit gestauten Aktien weiter zu behalten und müssen diese zu den gedrückten Preisen abstoßen. So wird die Börsenrente mit dem Sturz der Aktientur wieder auf der einen Seite Ursache zur weiteren Verarmung, auf der anderen zu neuer Bereicherung.

Die schweren Tage der stabilisierten Mark. Die Rentenmarktkredite sind bereits erschöpft. Die Reichsbank muß, um die notwendigen Kredite zu verteilen, wieder in größerem Maß Papiermark für die Privatwirtschaft drucken lassen; der Umlauf von Reichsbanknoten war Mitte November noch weniger als 100 Millionen Goldmark, Anfang März bereits 600 Millionen. Im Staatshaushalt zeigen sich den zehnjährigen Ausweisen zufolge wieder erhebliche Fehlbeträge. Die Verjorgung Deutschlands mit Zahlungsmitteln ist gegenwärtig kaum geringer als vor dem Krieg, trotz der gewaltigen Unterproduktion im Vergleich zur Friedenszeit. Die Vermehrung der Zahlungsmittel ist größer, als es der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise infolge der Verminderung des Goldwertes entsprechen würde. Die Ansprüche der Wirtschaft nach einer gesteigerten Menge von Zahlungsmitteln bei dem niedrigen Lohnniveau zeigen für die Höhe des allgemeinen Preisstandes. Demzufolge kann man bereits vom Vorhandensein einer Geldinflation sprechen. Die hohen Zinsen nach den Krediten haben die Kreditfucher von der Antragnahme des Kredits nicht abgehalten. Der Präsident der Reichsbank mußte erklären, daß die Höhe der Zinsen keinen Schutz gegen die Aufnahme von Krediten bedeutet. Die Unternehmer kalkulieren so hohe Gewinne und Risikobeträge, daß sie dabei die hohen Zinsen gut bezahlen können. Eine planmäßige Verteilung der Kredite gab es außerhalb der Reichsbank gar nicht. Bei dem Verschwinden allen Sparfusses ist die Umlaufgeschwindigkeit der Rentenmark im Steigen begriffen. Die internationale Einkämpfung der Rentenmark wird durch die geschwindigen Verluste, Waren, insbesondere Luxusartikel, gegen Rentenmark in Deutschland einzuführen, nachteilig beeinflusst. So lebt die stabilisierte Mark nur noch vom Vertrauen, das in sie gesetzt wird. Ein ausländischer Kredit, neben den geringfügigen Beträgen der Goldfödrant, deren Mittel nur für die Erleichterung der Ausfuhr bestimmt sind, ist im Gut-

achten der Sachverständigen für die Errichtung einer Notenbank im Betrage von 400 Millionen Goldmark vorgesehen. Die Aussicht auf eine Vereinbarung in der Reparationsfrage dürfte auch andere Quellen für privaten Kredit erschließen. Eine dringende Stützung der deutschen Mark aus diesen ausländischen Mitteln, die das schwankende Vertrauen wieder herstellen und die gesamternten Devisen in Umlauf bringen würde, ist unumgänglich notwendig, wenn nicht bald ein jäher Zusammenbruch der Mark erfolgen soll. Aus diesem Grund ist die rasche Lösung der Reparationsfrage zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden.

Ein Bund zur Förderung und Verbildung des Reisens. Unter dem Namen „Volksreisebund“ e. V. hat sich aus Angehörigen aller Schichten und Richtungen eine politisch und religiös unbedingt neutrale gemeinnützige Vereinigung gebildet, die bei Ausschaltung jeder kapitalistischen Erwerbsabsicht danach strebt, Angeleiteten, Arbeitern, Beamten, Angehörigen der freien Berufe, des Handwerks, des Mittelstandes das Reisen in Deutschland und im Auslande zum Zwecke der Erholung, der Befahrung und des persönlichen Kennenlernens von Land und Leuten zu ermöglichen oder zu erleichtern sowie alle Einrichtungen zu schaffen bzw. zu betreiben, die zur Förderung dieses Zweckes dienlich erscheinen.

Der Bund erhebt monatlich einen Beitrag von 50 Pf. neben einem festen Sparbeitrage von 1,50, 3,50 oder 5,50 Mark, der bei zur Verwendung für Reisezwecke (oder restloser Rückzahlung in Notfällen) verginst wird. Für Eintritt vor dem 30. Juni d. J. wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben. Die Mitglieder erhalten durch ihre unentgeltliche Bundeszeitschrift die Auswahl zur Teilnahme an Reisen aller Art.

Werbungen und Anfragen an die Hauptgeschäftsstelle des Bundes, 5 des 1. Vorsitzenden Herrn Albert Baummeister in Berlin-Hessenwinkel. Dorthin sind auch Anmeldungen zur Liebernahme von Vertrauensmänner-Posten zu richten.

Wir werden nur 40 Jahre alt! Im Durchschnitt! Wir Menschen in Europa. Das hat die Statistik festgestellt. Und dabei ist doch der Lob an Altersschwäche der natürliche Lob! Aber daran stirbt alle Jahre nur ein ganz kleiner Teil unserer Menschheit. Und ein Drittel von allen, die alljährlich sterben, stirbt allein an übertragbaren Krankheiten, also an Krankheiten, von denen fast keine, das sie zum großen Teil vermieden werden können, wenn das soziale Leben entsprechend gestaltet ist. Es ist nicht Naturgesetz, daß wir alle im Durchschnitt so früh sterben müssen, sondern nur eine Erscheinungsform unserer sozialen Verhältnisse. Welche Zukunft auf dieses Wirtschaftssystem in sich birgt!

Nicht Licht in die Stätten der Arbeit! So hat so mancher Proletarier schon so lange gerufen; aber für solch ein Verlangen nach gesundheitlichen Verhältnissen hat der Kapitalismus keinen Sinn. Für solch einen Schrei der Seele nach lichteren Räumen hat er zumeist kein Verständnis. Und so ist Deutschland auf diesem Gebiet hinter Amerika weit zurück. Da hat das Unternehmertum seit Jahren nämlich Untersuchungen über die Produktions-erhöhung durch bessere Beleuchtung der Räume angestellt und festgestellt, daß die Mehraufgaben sich rentieren. Und weil es sich rentiert, nur bezahlt hat man den Arbeitern da lichtere Räume zur Arbeit geboten als bei uns. Das stromlichte Szenarium wird auch bei uns nach und nach beller Arbeitsstätten schaffen. Von einem Licht auf Licht und von einem großen sittlichen und kulturellen Gebanten bei der Arbeit weiß ja der Kapitalismus nichts.

Abrechnungen.

In der Woche vom 21. bis 26. April gingen bei der Hauptkassa folgende Zahlungen ein:

- Gau 1. Bielefeld 250 Mt.
- Gau 4. Nürnberg 376,36 Mt.
- Gau Leipzig. 1500 Mt.
- Gau Berlin. 8500 Mt.

Aus Hamburg ist die Abrechnung vom Gau 10 (4. Quartal) eingegangen. Die 4. Quartalsabrechnung aus Stettin vom Gau 7 steht noch immer aus.

Berlin, den 26. April 1924.

S. Lodaß.

Briefkasten.

Stegan. Inserat 2—Mt. — R. in Ludwigshafen. Wir werden 5 Exemplare senden; versehen Sie, die abzulesen. — G. in Halle. Der Antrag des Berichtes war, wie immer, sehr unklar. Selbst doch das Original ein, wenn Sie durch eine Aufschrift brauchen, die u. G. ganz unklar ist. Ob die angegebenen Namen und Adressen nicht richtig wiedergegeben sind, ist fraglich, aber nicht unsere Schuld.

Literatur.

„Wohnungsfrage.“ Rentierorgan für die Wohnungsfrage. Herausgegeben von der Reichswohnungsfrage A. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Erscheint halbjährlich zum monatlichen Bezugspreis von 50 Pf. — „Material.“ Verlag: „Das neue Geschlecht.“ Frankfurt a. M. 3. Preis 50 Pf.

Unserer Kollegin, der Angelerin Clara Käß, zu ihrem 25jährigen Geburtsjubiläum, i. Va. Videnbach u. C., die herzlichsten Glückwünsche. Jachtlebe Chemnitz.

Unserer lieben Kollegin Josephine Altmeyer sowie ihrem Bräutigam Wilhelm Straub zu Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Vorstand und Mitgliedschaft Frankfurt a. M.

Nach langen schweren Leiden starb unsere liebe Kollegin, die Buchdruckanlegerin Frau Ella Höver (i. Va. Schreiber & Dietrich) im Alter von 82 Jahren. Sie ruhe in Frieden! Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Hannover. Verantwortlich für Redaktion: R. G. u. L. G. Charlottenburg, Westfälischestraße 16. Fernspr. Amt Wilhelm 1328. — Verlag: G. Dohdi, Charlottenburg. Verlag: Ausgabe für Groß-Berlin: M. Planckenburg, Berlin. — Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Baulinger u. Co., Berlin SW. 68.